

1.2 Die Leere des gegenwärtigen Liberalismus

In den reichen Industriestaaten gibt es seit langem einen Verfassungskonsens, dessen Formel lautet: Vermachtete Marktwirtschaft plus demokratischer Rechtsstaat gleich maximale Freiheit und maximaler Wohlstand. Im Bewusstsein der Öffentlichkeit schrumpft zwar das für alle Bürger erreichbare Maß an Freiheit und Wohlstand zunehmend; dennoch gilt diese Formel weltweit als die beste Lösung, manchmal gar als die letzte Antwort der Geschichte.

Das liegt nicht an ihrer ideellen Ausstrahlung und auch nicht an ihrer Fähigkeit, Probleme zu lösen. Es ist einfach so, dass der Kapitalismus übriggeblieben ist. Es scheint, als stünde seit dem Ende der UdSSR keine Alternative mehr zur Verfügung.

Zwar hat der Liberalismus in vielen Teilen der Welt ideologisch gesiegt; doch noch nie in seiner langen Geschichte war er so perspektivlos wie heute. Je schwächer sein großer Rivale, die Tradition des demokratischen Sozialismus wird, umso mehr verliert auch der Liberalismus seine Orientierungsfähigkeit. Diese Depression der liberalen Moderne ist der Inkonsequenz des bestehenden ökonomischen und rechtsstaatlichen Liberalismus selbst geschuldet. Ein großer Teil der Destruktivität des Wirtschaftsliberalismus wird dadurch verursacht, dass die entscheidenden sozialen Errungenschaften der bürgerlichen Aufklärung vergessen und pervertiert werden.

1.3 Die Entdeckung des revolutionären Liberalismus

Um die Leere des gegenwärtigen Liberalismus zu überwinden, macht sich dieses Buch auf den Weg zu den Quellen dieser Strömung: Es untersucht die sozial-theoretischen Vorstellungen und das politische Verhalten der liberalen Avantgarde in den drei großen bürgerlichen Revolutionen Englands (1642–1649), Amerikas (1763–1783) und Frankreichs (1789–1799).

Gemeinsam ist dem Denken und Handeln der jeweiligen Avantgarde die Ausrichtung auf eine Politik der Minimierung von Macht. Das Interesse an diesem Denken ist nicht nur von philosophiegeschichtlicher Bedeutung. Vielmehr enthalten die allgemeinen Grundlagen des Verfassungsdenkens der Revolutionäre in England, den USA und in Frankreich ein bisher zu wenig erkanntes und erst recht nicht genutztes Potential zur Lösung großer politischer Fragen der Gegenwart.

Der »revolutionäre« Liberalismus trat für die allgemeinen Menschenrechte und für demokratische Freiheit ein. Zugleich – und das ist der Kern dieses Denkens – plädierte er konsequent für eine Minimierung wirtschaftlicher Macht. Im Umfeld der drei großen Revolutionen, die den Weg in die Moderne bahnten, spielten die Verfechter dieses radikalen Liberalismus eine Schlüsselrolle.

Der Faden dieser Tradition der politischen Ökonomie und des mit ihr verbundenen politischen Engagements zieht sich durch die europäische und amerikanische Geschichte. In Phasen des Umbruchs ist dieses Denken lebendig und fruchtbar, aber auch stark gefährdet gewesen; in Phasen der Restauration wurde es verdrängt und verschüttet. Ich möchte im Folgenden dieses menschenrechtliche Denken der Minimierung von politischer wie wirtschaftlicher Macht als *starken Liberalismus* bezeichnen, seine Vertreter als *Starkliberale* und ihre Position als *starkliberal*. Diesem Denken steht der *schwache Liberalismus* gegenüber, dessen *schwachliberale* Verfechter zwar in den hier behandelten historischen Prozessen unterschiedlich weitgehend für politische Teilhabe eintraten, wirtschaftliche Macht aber kaum bekämpften, wenn sie sie nicht sogar begünstigten.

1.4 Einige Vordenker des starken Liberalismus

Bereits Mitte des siebzehnten Jahrhunderts entstand im Verlauf der Englischen Revolution die erste Menschenrechtsbewegung der Moderne. Die Bewegung der Leveller mit John Lilburne (1615–1657), Richard Overton (zirka 1600–1664) und William Walwyn (zirka 1600–1681) kämpfte im Englischen Bürgerkrieg gegen die Herrschaft des Königs, für Demokratie und Republik mit Glaubens- und Meinungsfreiheit. Grundrechte galten nach Ansicht der Leveller nicht allein zum Schutz vor staatlicher Willkür, sondern auch zum Schutz vor privater Macht, die vom Staat geschaffen und geduldet wurde. Die Leveller forderten deshalb auch die Abschaffung der Konzentration von Eigentum, die sich mit dem aufkommenden Kapitalismus dramatisch verstärkte.

Der meist »gemäßigt« genannte Flügel der Amerikanischen Revolution, die Föderalisten, gelten bis heute als Wegbereiter des modernen Verfassungsstaates. Aber unter ihren Gegnern – hier seien nur George Bryan (1731–1791), William Findley (1741–1821) und vor allem Thomas Paine (1736–1809) erwähnt – fanden sich die eigentlichen Vorkämpfer der Menschenrechte. Während die Föderalisten einen Katalog von Grundrechten ablehnten und eine zentralistische Wirtschaftspolitik im Interesse der reichen Bürger betrieben, warfen ihnen Paine und andere Starkliberale vor, eine neue Aristokratie errichten zu wollen. Sie forderten stattdessen Verfassungsprinzipien, die jedem Bürger formal wie materiell die größtmögliche Freiheit sichern sollten. In dieser Tradition bildeten sich in den USA im Verlauf des neunzehnten Jahrhunderts Ansätze eines machtfeindlichen Aktienrechts und später, nach dessen Scheitern, die Anti-Monopol- und Anti-Trust-Bewegung.

In der gängigen Geschichtsschreibung der Französischen Revolution werden, fälschlicherweise, diejenigen für die radikalste Strömung gehalten, die für die Schreckensherrschaft verantwortlich waren. Daraus ergibt sich ein allgemeines Vorurteil gegen Radikalität. Aus der dominierenden Interpretation der Französi-